

LEITARTIKEL

Gaucks Faszination

**Der Kandidat spaltet
Sachsens Koalition**

VON HUBERT KEMPER

Horst Köhlers ist gegangen, längst überstrahlt ihn der Stern des Joachim Gauck. Die Flucht des alten und die Wahl eines neuen Bundespräsidenten eröffnen Chancen – zum Aufstieg ins höchste Staatsamt, zur Profilierung als Wahlmann oder schlicht als Kommentator des Geschehens. Grell ausgeleuchtet ist die mediale Bühne, auf der zwei populäre Kandidaten um Zustimmung buhlen. Das lockt auch Randfiguren des großen Duells ins Rampenlicht. Drei FDP-Politiker aus Sachsen zum Beispiel. Gern sprechen sie vor laufenden Kameras ins Mikrofon und bekunden ihre Unabhängigkeit.

Wackeln wollen sie diesmal also nicht, umfallen erst recht nicht. Auch das mag das Trio bewegt haben, die Ernsthaftigkeit ihrer Gauck-Sympathie zu bekräftigen. Vielleicht hatte Holger Zastrow die zündende Idee. Die Sticheleien der Union, seine Wahlmänner-Truppe würde rechtzeitig auf Koalitionskurs umschwenken, mag der Werbe-profi im Ohr gehabt haben.

Biedenkopf nimmt Widerspruch in Kauf.

Geht es um Gauck, treten in diesen Tagen Geschlossenheit mit der Koalition und Loyalität mit der eigenen Partei zurück. Kurt Biedenkopf, Sachsens Ex-Premier, lieferte in dieser Woche mit seiner Warnung vor einem auf Druck der eigenen Führung gewählten Präsidenten eine Steilvorlage für Gauck und verarbeitete damit Christian Wulff eine Ohrfeige. Biedenkopf leistet sich Unabhängigkeit – für seine Beachtung und gegen die Position der Kanzlerin. Dabei nimmt er in Kauf, in Widerspruch zu seiner Haltung zu treten, die er einst als aktiver CDU-Politiker eingenommen hatte.

Der Ex-Präsident war politisch unabhängig. Gescheitert ist er auch an der Unerbitterlichkeit des Geschäfts. Mit Wulff, einem Profi, abgehärtet im Stahlbad des Parteienklüngels und mit unverbraucht wirkendem Charme, hatte die Koalition nach Köhler den passenden Mann auf den Schild gehoben.

Bis Gauck auftrat und alle vorherigen Kriterien vergessen ließ – von den Vorteilen eines jungen, zugleich erfahrenen Politikers bis zur Regel, dass auch zu SPD-Zeiten stets die Regierungsparteien ihre Mehrheit in der Bundesversammlung für ihren Kandidaten nutzten. Das galt einst selbst für Johannes Rau, den „Bürgerpräsidenten“, den auch Biedenkopf so schätzte.